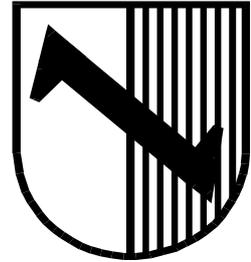


Amtsblatt

Stadt Halberstadt



Jahrgang 22

Halberstadt, den 07.12.2021

Nummer 19/2021

Inhalt

- **Öffentliche Bekanntmachung
der Landesstraßenbaubehörde – Zentrale – Land Sachsen-Anhalt
Planungen für die Bundesstraße B 245
Radweg vom Knoten B81 bis nördlich Schwanebeck Bahndamm
hier: Vorarbeiten auf Grundstücken**



SACHSEN-ANHALT

Landesstraßenbaubehörde - Zentrale,
Hasselbachstr. 6, 39104 Magdeburg

Landesstraßenbaubehörde
Zentrale

**An die
Grundeigentümer und Pächter
in der Gemarkung Halberstadt**

**Planungen für die
Bundesstraße B 245
Radweg vom Knoten B81 bis nördlich Schwanebeck Bahndamm
hier: Vorarbeiten auf Grundstücken**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Landesstraßenbaubehörde Sachsen-Anhalt (LSBB LSA) beabsichtigt, zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und Erhöhung der Verkehrssicherheit die oben genannte Planung durchzuführen. Um das Vorhaben ordnungsgemäß planen zu können, ist es notwendig, auf nachfolgenden Flurstücken:

Gemarkung: Halberstadt (1109)

Flur 11 –

Flurstück 47, 48/1, 50/1, 52, 53, 54, 55/1, 58, 59, 60, 78/1, 79, 92/1, 94/2, 96/1, 96/2, 112/9, 112/11, 112/20, 121, 122, 124, 126/1, 126/2, 126/3, 142/94, 143/94, 145, 147, 148, 149, 155, 156, 158, 159, 160, 164, 165, 167/95, 168/95, 169, 169/95, 170, 181/125, 188/96, 194/48, 291/80, 292/80, 301/93,

in der Zeit vom 17.01.2022 bis zum 31.03.2022 vorbereitende Arbeiten durchzuführen.

Magdeburg, 29. November 2021

Ihr Zeichen/Ihre Nachricht vom:

Mein Zeichen/Meine Nachricht vom:

Z/21351

Bearbeitet von: Anja Steinweg

Hausruf: (0391) 567-

Tel.: 2845

Fax: 2720

E-Mail - Adresse

anja.steinweg@lsbb.sachsen-anhalt.de

Hasselbachstraße 6

Haus 5

39104 Magdeburg

Postfach :1563

39005 Magdeburg

Tel.: (0391) 567-02

Fax: (0391) 567-2720

E-Mail - Adresse

Poststelle@lsbb.sachsen-anhalt.de

Landeshauptkasse Dessau

Bundesbank Magdeburg

BLZ 810 000 00

Konto 810 015 00

Zu diesen vorbereitenden Arbeiten gehören die **Vermessungsarbeiten**, die hiermit bekannt gemacht werden. Die im vorherigen Abschnitt benannten Flurstücke werden vermessungstechnisch erfasst. Hierzu ist in der Regel das Betreten der Flurstücke erforderlich. Es erfolgt eine vermessungstechnische Erfassung der Geländeoberfläche und der topografischen Details wie Straßen, Wege, Gräben, Gebäude und Bäume. Hierbei ist teilweise auch die Betretung umfriedeter Grundstücke notwendig. Durch die Vermessung werden auch Gebiete erfasst, welche nicht unmittelbar baulich betroffen sind. Dieser erweiterte Bereich ist notwendig, um die Schutzaspekte für Mensch und Umwelt in der Planungsphase berücksichtigen zu können (Bsp. Lärmschutz) und die Beeinträchtigungen so gering wie möglich zu halten. Vor der Betretung umfriedeter Grundstücke erfolgt in der Regel eine persönliche Anmeldung durch die Straßenbauverwaltung oder durch von ihr beauftragte Unternehmen.

Im Zuge der Vermessungsarbeiten werden Festpunkte dauerhaft vermarkt. Diese Punktmarken werden soweit als möglich im öffentlichen Raum eingebracht. Wenn Punkte auf landwirtschaftlich genutzten Flächen vermarkt werden, kommen in der Regel unterirdische Marken zum Einsatz, so dass eine Beeinträchtigung der Bewirtschaftung weitgehend ausgeschlossen werden kann. Zur Vermarkung der Punkte kann das Befahren der Flächen mit Vermessungsfahrzeugen notwendig sein.

Da die genannten Arbeiten im Interesse der Allgemeinheit liegen, hat das **Bundesfernstraßengesetz (FStrG)** die Grundstücksberechtigten verpflichtet, diese nach **§ 16a FStrG** zu dulden. Die Arbeiten können auch durch Beauftragte der Straßenbauverwaltung durchgeführt werden. Etwaige unmittelbare Vermögensnachteile, die Ihnen durch diese Arbeiten entstehen sollten, werden selbstverständlich ausgeglichen.

Sollte eine Einigung über eine Entschädigung in Geld nicht erreicht werden können, setzt das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt, Referat 106, Ernst-Kamieth-Straße 2 in 06112 Halle (Saale) auf Ihren Antrag oder auf Antrag der Straßenbaubehörde die Entschädigung fest.

Durch diese Vorarbeiten wird nicht über die Ausführung der geplanten Straße entschieden.

Sollten Sie die Vorarbeiten nicht zulassen, so verständigen Sie uns bitte umgehend. Wir weisen aber darauf hin, dass die gesetzliche Duldungspflicht zwangsweise durchgesetzt werden kann.

Wir hoffen auf Ihr Verständnis für die notwendigen Vorarbeiten.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Magdeburg, Breiter Weg 203-206, 39104 Magdeburg schriftlich, in elektronischer Form oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Falls die Klage schriftlich oder zur Niederschrift erhoben wird, sollen der Klage nebst Anlagen so viele Abschriften beigefügt werden, dass alle Beteiligten eine Ausfertigung erhalten können. Falls die Klage in elektronischer Form erhoben wird, sind die elektronischen Dokumente mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz zu versehen. Sie ist bei der elektronischen Poststelle des Verwaltungsgerichts Magdeburg, über die auf der Internetseite www.justiz.sachsen-anhalt.de/erv bezeichneten Kommunikationswege, einzureichen. Die rechtlichen Grundlagen hierfür sowie die weiteren technischen Anforderungen sind unter der vorgenannten Internetseite abrufbar.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Stöber

Stöber